

fördern. Die Schaffung einer neutralen atomwaffenfreien Zone wird von seiten der in Frage kommenden Mächte Garantien erforderlich machen für die territoriale Unverletzlichkeit der Staaten, die zu dieser Zone gehören, und dafür, daß gegen diese Staaten keine Kernwaffen angewandt werden.

Die Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begrüßte die Initiative der Kommunistischen Partei Dänemarks, die den Interessen der Völker Nordeuropas am Frieden entspricht. Sie erklärte, daß die Deutsche Demokratische Republik in Übereinstimmung mit ihrer Friedenspolitik eine militärische Neutralität und Blockfreiheit Dänemarks respektieren würde. Darüber hinaus besteht die Bereitschaft, auf geeignete Weise an einer Garantie für die Sicherheit und territoriale Unantastbarkeit Dänemarks teilzunehmen. Eine gleiche Haltung nimmt die DDR auch gegenüber anderen Staaten Nordeuropas ein, die sich zur militärischen Neutralität und Blockfreiheit verpflichten.

Der Status der militärischen Neutralität Dänemarks und anderer Staaten Nordeuropas würde auch die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland und Westeuropa stärken und günstigere Bedingungen für die militärische Neutralität der beiden deutschen Staaten schaffen, wie sie wiederholt von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagen wurde.

Die Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bekräftigte erneut den Willen der Deutschen Demokratischen Republik, an einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilzunehmen, der beide deutsche Staaten angehören, und verwies auf die Erklärung der Regierung der DDR vom März 1962 an den Genfer 18-Staaten-Abrüstungsausschuß.

Der Abschluß des deutschen Friedensvertrages würde wesentlich dazu beitragen, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen und noch offenen Probleme zu lösen, den Spannungsherd Westberlin durch die Umwandlung Westberlins in eine neutrale Freie Stadt zu beseitigen, wodurch die allgemeine und vollständige Abrüstung begünstigt würde.

Die Vertreter beider Parteien gaben ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß die Kriegsgefahr in Europa durch das Streben der Bonner Ultras nach Kernwaffen, den Plan zur Schaffung gemeinsamer Kernwaffenstreitkräfte der NATO, durch die Bildung der reaktionären Achse Bonn-Paris und auch durch das westdeutsch-dänische Einheitskommando erhöht wird. Dadurch werden die gleichen Kräfte begünstigt, die sich während des zweiten Weltkrieges schwerster Verbrechen an den europäischen Völkern schuldig gemacht haben.

Dänemark, das zum Eckpfeiler im militärischen System der NATO im Ostseeraum wurde, trägt angesichts der aggressiven Absichten der westdeutschen